

Sehenden Auges: Die Große Zentrumskoalition und die asymmetrische Mobilisierung

Eine Analyse des Bundestagswahlergebnisses 2017
von Dr. Nico A. Siegel, Geschäftsführer infratest dimap

Die großen Verlierer der Bundestagswahl sind die beiden klassischen Volksparteien. Während die SPD ihr schlechtestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik einfuhr und in keinem Bundesland mehr über 30% der Zweitstimmen auf sich vereinen konnte, erreichte die Union das schlechteste Ergebnis seit 1949 und selbst in Bayern nicht mehr 40% der Stimmanteile. Die Strategie der asymmetrischen Demobilisierung der Union ist mit der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag vollends entzaubert. Sie entfaltete nur noch destruktive Resteffekte. Und zwar in Richtung SPD. Dadurch, dass sich die Union bei vielen gesellschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen der progressiveren Sozialdemokratie angenähert hat, hat sie deren Profildifferenzierung im Wahlkampf 2017 zumindest erfolgreich erschwert – verantwortlich für die schmerzhaft Schlappe der SPD bleibt diese letztlich aber nur selbst.

Die konsequente Mitte-Strategie der Union im Bund ist mehr als kurzatmiger Taktiererei, der Persönlichkeitsstruktur oder gar Launen ihrer Vorsitzenden geschuldet. Sie ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass CDU und CSU (zunehmend auch die SPD) ein ausgewachsenes demographisches Problem plagt. Darauf hat schon vor Jahren der Wahlforscher Matthias Jung pointiert hingewiesen. Die treue und eher konservative Stammklientel der Union ist überdurchschnittlich alt. Bei der Bundestagswahl wählten nur 24% der Jungwähler im Alter von 18 bis 24 Jahren die Union, dagegen immer noch 40% der 60 Jahre und älteren. Ein konsequenter Modernisierungskurs und ein moderneres Erscheinungsbild inklusive digitaler Kommunikationsoffensive zielt darauf ab, Potenzial bei jüngeren Zielgruppen zu entfalten, damit die Unionsparteien auch künftig glaubhaft den Anspruch erheben können, stärkste Kraft im Land sein. [Ein prominenter Treiber und Protagonist dieses Erneuerungskurses ist Generalsekretär Peter Tauber. Tauber hat in seinem Wahlkreis ein Minus von 12,4%-Punkten bei den Erststimmen gegenüber der Wahl 2013 eingefahren, Verluste die über dem CDU-Bundesdurchschnitt liegen, allerdings auch weniger deutlich ausfielen als bei manchem CSU-Direktkandidaten in Bayern.]

Was der Union durch ihre Repositionierung und zumindest teilweise konservative Entkernung bei dieser Bundestagswahl gerade noch gelingt, ist der SPD die ureigenste sozialdemokratische Luftzufuhr abzuschneiden: noch nie seit 1998 hat ein so geringer Anteil des Wahlvolks, gerade einmal 38%, der SPD die größte Kompetenz in Sachen sozialer Gerechtigkeit zugeschrieben. Gerade einmal 14% der Wähler attestierten der SPD eine Politik, von der sie persönlich profitieren. Die SPD und ihr Kandidat schwächelten bei der Kompetenzzuschreibung also ausgerechnet bei dem Thema, das die Kampagnenmanager im Willy-Brandt-Haus über weite Strecken erfolglos ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu rücken suchten. Erfolglos, weil dem Schwerpunkt soziale Gerechtigkeit über weite Strecken und viele Themen die Macht des Konkreten fehlte. Die SPD, im Bund seit 1998 nur von 2005 bis 2009 nicht in Regierungs(mit)verantwortung, konnte auch nicht glaubwürdig einen echten Politikwechsel propagieren. Wieso auch? Hinzu gesellen sich bei den Sozialdemokraten noch historische Rekordtiefs bei der Kompetenzzuschreibung im Bereich Wirtschaft: gerade noch 17% der Wahlberechtigten halten die SPD hier für die kompetenteste Partei, der Abstand zur Union beträgt auf diesem Feld 40 Punkte. Zwar mögen die Sorgen und Nöte der SPD manchem in der Union angesichts der enormen eigenen Verluste die postelektorale

Katerstimmung etwas leichter ertragen lassen: aber auch im Konrad Adenauer Haus dürfte sich langsam die Erkenntnis Bahn brechen, der zufolge die Neuansiedlung in genuin sozialdemokratischem und libertärem Terrain einen hohen Preis mit sich bringt. Die Union demobilisiert konservative Stammklientel und hat durch die „Große Zentrumskoalition“ mit der SPD einer asymmetrischen Mobilisierung von Protestwählerpotenzialen den Weg bereitet. Davon profitiert derzeit vor allem die AfD. Der Union ergeht es ähnlich wie der SPD, die sich vor allem, aber nicht nur wegen der Linken in einer unkomfortablen Sandwichposition im Parteiensystem Wund taktiert. Schon bei den drei Landtagswahlen im Frühjahr 2016 zeichnete sich ab, dass die Union in ein ähnliches strategisches Dilemma schlittert: die Wahlbeteiligung stieg deutlich an, die AfD profitierte allen voran. Selbst in einem in sich zerstrittenen Sammelbecken von Nationalkonservativen bis Rechtsradikalen wie der AfD, gelingt es das Protestpotenzial der Unzufriedenen zu absorbieren. Obwohl 86% der Menschen die Ansicht teilen, die AfD distanzieren sich nicht ausreichend von rechtsextremen Positionen, attestieren ihr gleichzeitig 49% der Bundesbürger, sie verstehe es besser als andere Parteien, dass die Menschen sich nicht mehr sicher fühlen. Da kann die AfD zumindest bislang gelassen zur Kenntnis nehmen, dass mehr als 60% ihrer Wähler nicht wirklich von ihr überzeugt sind, sondern vor allem aus Unmut das Kreuz bei ihr machen.

Ein weiteres ist angesichts der Wahl zum Bundestag bemerkenswert: „it's not (only) the economy, stupid“. Die überwiegende Mehrheit, nämlich sage und schreibe 84% der Deutschen, bewertete im Vorfeld der Bundestagswahl die allgemeine und immerhin noch 78% die persönliche wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut. Und trotz dieser ausgezeichneten Werte war die Stimmung vor dieser Wahl ambivalent, zeigte sich eine Verunsicherung in weiten Teilen der Bevölkerung, die keine Wechselstimmung in Richtung SPD zur Folge hatte. Die Sorgen infolge ungelöster Probleme bei Fragen von Zuwanderung und Integration von Flüchtlingen sowie der als ungerecht wahrgenommenen Verteilung des wirtschaftlichen Wohlstandes im Wahlvolk sind frappierend. Daraus erwachsen zwei Herausforderungen. Vor dem Hintergrund des Erfolgs der AfD mit Sicherheit eine politisch-kulturelle, aber eben auch eine ungelöste soziale Frage.

Zunächst zur politisch-kulturellen Dimension: Bereits im September 2016 hat die Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Renate Köcher, in der FAZ auf die ambivalente Stimmung und tiefe Verunsicherung in weiten Teilen der Bevölkerung pointiert hingewiesen. Und schon im ARD-DeutschlandTREND vom Oktober 2013, also fast zwei Jahre bevor die Flüchtlingskrise ihren Höhepunkt erreichte, sprach sich eine knappe Mehrheit von 51% der Deutschen dafür aus, keine weiteren Flüchtlinge mehr aufzunehmen. Unter den (damaligen) Unionsanhängern war es erwartungsgemäß noch ein höherer Anteil mit 61%. Wie wenig realistisch auch immer die Alternative des Abschottens im Zeichen einer internationalen und humanitären Flüchtlingskrise aus der Perspektive der Regierenden sich dargestellt haben mag: was zumindest in den Wahlurnen letztlich zählt, ist der Eindruck bei den Wählerinnen und Wählern, ob und inwieweit die Herrschenden ihre Sorgen und Ängste wirklich wahr- und ernst nehmen, insbesondere im Sog und in Folge so gewichtiger Entscheidungen wie im Spätsommer 2015. Darauf haben selbst eher den Sozialdemokraten nahestehende Wissenschaftler, die über jeden Zweifel erhaben sind für Stimmungen rechtspopulistischer Positionen zu werben hingewiesen – so beispielsweise Wolfgang Merkel vom WZB Berlin. Land auf, Land ab, war es allerorten zu sehen, zu hören, zu spüren und zwar nicht nur im östlichen Teil der Republik und daher auch demoskopisch deutlich zu messen: das Thema Flüchtlinge bewegte die Menschen. Bis weit in die politische Mitte und ins ehemals sozialdemokratische Milieus hinein reichen die Sorgen und unbeantworteten Fragen, wie es Deutschland künftig mit der Zuwanderung und deren Steuerung halten soll, wie Schutzsuchende

bestmöglich in die deutsche Gesellschaft integriert werden können und welche fiskalischen Spielräume darüber hinaus für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur, in Pflege und Bildung zur Verfügung stehen. Die postelektoralen Leitartikel zu „typischen AfD Wählern“, jenen Männern mittleren Alters und Bildungsniveaus im Osten Deutschlands und dort vor allem in Sachsen, gehen daher auch gehörig am Kern des AfD-Erfolgs vorbei. Denn auch vielen Menschen in den alten Bundesländern bereitet das Thema Flüchtlinge und Zuwanderung Sorge, nicht nur in prekären Quartieren an der Ruhr, sondern auch in den wirtschaftlich erfolgreichen Regionen Bayerns und Baden-Württembergs. Und das ganz unabhängig davon, ob sie in ihrem Alltag davon direkt betroffen sind oder auch nicht und ganz unabhängig davon, ob sie ihre Wahlentscheidung an diesem Thema schließlich festmachen oder eben mehrheitlich auch (noch) nicht AfD wählen. Die gute Nachricht bei alledem: immer noch mehr als 70% der Deutschen wünschen sich in einem weltoffenen Land zu leben und nicht eine Stärkung der Grenzen des Nationalstaates.

Dass Ängste, Sorgen und auf Schutz suchende Flüchtlinge projizierte Neidkomplexe bei vielen Menschen überhaupt auf einen Resonanzboden fallen können, dafür sorgt die weit verbreitete Wahrnehmung von mangelnder Fairness und angemessener materieller Teilhabe in der Bevölkerung. Schon vor der Wahl 2013 hatten drei von vier Deutschen den Eindruck, sie würden vom wirtschaftlichen Wachstum im Lande nicht selbst profitieren. Etwas mehr als 51% sprachen sich dafür aus, die neue Bundesregierung solle sich in erster Linie eher um mehr sozialen Ausgleich als um wirtschaftliches Wachstum kümmern. Und vier Jahre später? ein vernichtendes Urteil: nicht einmal jeder fünfte (19%) Deutsche glaubt, dass der Wohlstand hierzulande gerecht verteilt ist. Selbst unter den verbliebenen Unionsanhängern handelt es sich mit 36% nur um eine Minderheit. Und die Frage, ob die Bundesregierung sich zumindest bemüht habe, die Früchte des Wohlstands fairer zu verteilen, verneinen 88% der Wähler. 70% der Wähler äußerten im Vorfeld der Wahl die Sorge, die Gesellschaft könne künftig immer weiter auseinanderdriften. Galt vielen Deutschland Mitte der 1990er als Land des Reformstaus, das der Economist aufgrund eines Mangels an pro-marktwirtschaftlichen Reformen als „the sick man of the euro“ beschrieb, so ist mittlerweile die nachlassende soziale Kohäsion der Nährboden für soziale und politische Probleme der Zukunft. Davon profitieren vor allem politische Bewegungen jenseits der Mitte – ob es sich nun um die heutige AfD handelt oder sonstige Sammelbecken des Protests, die aus der früher oft nur latenten, mittlerweile offenkundigen Unzufriedenheit über die etablierten Parteien und das Funktionieren der Demokratie in Deutschland politisches Kapital schlagen können. Noch hat die populistische Rechte in Deutschland ein wenig charismatisch daherkommendes und an vielen Stellen zweifelhaftes Führungspersonal – sollte sich dies ändern und die Kurssetzung der klassischen Volksparteien nicht, müssen sich die etablierten Kräfte, allen voran Union und SPD, mit dem schmerzhaften Gedanken anfreunden, dass aus Denkbündelstimmen gegen sie dauerhafte Überzeugungspotenziale für eine neue Rechte erwachsen. Ein Jamaika-Bündnis auf Bundesebene, das allen voran bei besser gebildeten und gut situierten Menschen in den alten Bundesländern Unterstützung erfährt, wird jedenfalls das Protestpotenzial auf der rechten Flanke des politischen Raumes kaum neutralisieren können. Freilich ist bis heute noch nicht vollends entschieden, ob die Sondierungen zu „JA-maika“ letztlich aufgrund der klaren Machtperspektive schwierige Differenzen überbrücken helfen und in eine erfolgreiche Regierungsbildung münden, oder ein „No-maika“ nochmals ganz andere Fragen aufwerfen wird.

Berlin, November 2017